

Multikulti-Terror durch Gleichbehandlungsgesetz



Schon seit einiger Zeit inkraftgetreten, hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) laut seiner Urheber und Anhänger-Organisationen angeblich noch keine Klagewelle hervorgerufen. Es zeigt sich jedoch erst allmählich, wie weit das Gesetz in die Selbstbestimmung der Menschen eingreift: In Hannover zum Beispiel klagt ein Türke, der mehrmals am Diskothekeneingang abgewiesen worden ist, gegen die Betreiber.

Hannovers „Ordnungsdezernent“ Marc Hansmann, eine Art Blockwart der DDR, begrüßt die Klage. Die Verwaltung werde bei erfolgreicher Klage die entsprechenden Diskotheken schließen. Die „Antidiskriminierungsstelle“ steht dem Kläger beratend zur Seite, man wolle am liebsten Testpersonen losschicken, um Gästen den Zugang zu erzwingen. Wenn man schon keine Klagewelle zu verzeichnen hat, dann hilft man eben nach.

Ratsfrau Ingrid Wagemann, natürlich von den Grünen, möchte die Gastwirte noch stärker terrorisieren: Flugblätter sollen vor den Discotheken vertrieben werden, um die meist südländischen Betroffenen als Kläger anzuwerben.

Zu einem Unterstützerkreis für ihre Aktion sollen die üblichen, geneigten Kreise eingeladen werden: Kirche und DGB. Der Terror gegen Deutsche erreicht beständig neue Dimensionen, der Kampf um unsere Freiheit spitzt sich zu.

(Gastbeitrag von Frank, Quelle: Hannoversche Allgemeine

„Ausschreitungen sind nicht auszuschließen“

☒ Für kommenden Donnerstag, den Tag, an dem im Rat der Stadt Köln über den Bau der Großmoschee der vom türkischen Staat gesteuerten DITIB in Köln-Ehrenfeld abgestimmt wird, hat Pro NRW **ab 14.30 Uhr eine Mahnwache vor dem Spanischen Bau** des Kölner Rathauses angemeldet.

Die Linken folgten auf dem Fuße, mit der Anmeldung einer Gegenveranstaltung an gleicher Stelle. In einem Rundschreiben des Polizeipräsidiums an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen heißt es zur Demonstration der Linken: „Ausschreitungen sind nicht auszuschließen“.

☒ Wie man sich den Verlauf der Veranstaltungen in etwa vorstellen kann, geht aus einem Bericht über eine ähnliche Konstellation im vergangenen Jahr an derselben Stelle hervor:

[Hier](#) der komplette PI-Bericht von damals.

Die EU – der Islam und die

Türkei



Was bedeuten Islam und eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei für das europäische Lebensmodell? In ihrer Eigendefinition, quasi in der inneren Sicht, sieht sich die EU als eine Wertegemeinschaft, ein Raum von Sicherheit, Freiheit und Recht und ein einmaliges Friedensprojekt, das Wohlstand schafft. Das christlich-abendländische Wertefundament betont sie nicht, obwohl die moralische Sensibilität zweifelsohne christlich geprägt ist.

(Gastbeitrag von Dr. Harald F.)

Aus der äußeren Sicht ist die EU ein nach wie vor attraktiver Wirtschaftstandort für Investitionen, Handelsbeziehungen und Arbeitsmöglichkeiten. Eine begehrte Quelle für die Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten. Ein Ort, wo die Menschenrechte mehr Beachtung finden, als in vielen Teilen der übrigen Welt. Sie ist aber keine politische Kraft, kein „global player“ auf der Weltbühne. Weiterhin mangelt es ihr an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, GASP.

Wirtschaftlicher Erfolg bei gleichzeitiger außenpolitischer Schwäche macht die EU für die restliche Welt zu einer riesigen NGO und zu einem Objekt der Begehrlichkeit für andere politische Kräfte. Ganz vorne steht hier die Islamisierung Europas, gefolgt vom türkischen Anspruch, Europa zu beherrschen. Dieses Land bahnt sich den Weg. Ein Verhandeln als „geben und nehmen“ findet nicht statt. Die Türkei will ein türkisches Europa!

Die EU befindet sich in einer Lage wie seinerzeit Byzanz vor der Eroberung durch die Türken. Damals wie heute steht ein zu allem entschlossener Gegner einem uneinigen, geradezu sich selbst zerstörerischen Gebilde gegenüber. Die Islamisierung wird von der islamischen Welt in ihrer Gesamtheit verfolgt, die Türkei als islamisch bestimmtes Land verstärkt diese Tendenz und bringt noch ihren expansiven Nationalismus mit.

Woran lassen sich diese Fakten erkennen?

- An der Verfasstheit der EU
- An der Verfasstheit der Türkei und
- An den hegemonialen Ansprüchen in der Staatengemeinschaft

1. Die Verfasstheit der EU.

In den Gipfelkonferenzen, die im 6-Monatsrhythmus zur Übergabe des Vorsitzes abgehalten werden, wird von Gemeinsamkeiten und der Vereinigung, ja sogar Wiedervereinigung Europas, also von der Erweiterung der EU, gesprochen.

Tatsächlich fehlt es aber genau an dieser Gemeinsamkeit und somit an der Voraussetzung für eine gelungene Erweiterung. In besonderem Maße gilt dies für die Türkei. In der Erweiterung sucht die EU ihr Heil, auch wenn diese ein Nachteil für die große Mehrheit der Bevölkerung ist. Überhaupt kommt der Wille der Mehrheit der europäischen Bevölkerung in den Entscheidungen der EU-Organen nicht zum Ausdruck. Offensichtlich der Grund der allenthalben sichtbaren EU-Skepsis.

Erweiterung – gemeinsam mit der Globalisierung – hat für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung erhöhten Leistungsdruck, oft in Verbindung mit niedrigeren Einkommen, gebracht. In anderen Worten, auf den Gipfelkonferenzen herrschen nach wie vor die einzelstaatlichen Interessen, also die nationalen Egoismen vor. Der so oft apostrophierte „Europäische Geist“ weht dort nicht! Nur ein solcher könnte ein selbstbewusstes Europa schaffen, das eine bestimmende Rolle in der Welt

spielt.

Leider bleibt es weiterhin bei ganz anderen Wahrnehmungen:

- Die Außenpolitik der EU ist das Spiegelbild der EU-Mitglieder

- o in jüngster Vergangenheit wird dies an der eigenständigen Politik des französischen Präsidenten Sarkozy besonders sichtbar. Er denkt französisch und nicht europäisch, wenn er von der Mittelmeerunion spricht, wenn er die französischen Militärbündnisse oder Verträge über nukleare Zusammenarbeit mit Mittelmeeranrainern vorantreibt.

- o Die NATO-Mitgliedschaft der osteuropäischen Staaten hat deren Außenpolitik eine US-Schlagseite gegeben.

- o Großbritannien fährt im Kielwasser der USA.

- o Bedenklich gespalten verhält sich die EU gegenüber der Türkei: Befürworter und Gegner haben im Europäischen Rat 1999 unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einem Geheimpapier der Türkei die Vollmitgliedschaft zugesagt.

Dabei setzt sich die EU z. B. darüber hinweg:

- dass die Türkei große Defizite bei Menschenrechten hat und daher die Grundvoraussetzungen zur Aufnahme von Verhandlungen nicht erfüllt. Aufgrund des willkürlichen Zugeständnisses der „ausreichenden“ Erfüllung der Grundvoraussetzungen wurden am 03.10.2005 die Verhandlungen aufgenommen und werden seither gegen bessere Einsicht und ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung fortgesetzt. Asylgewährung an türkische Staatsbürger wird nicht als Widerspruch gesehen.

- dass die in der Verfassung des (national-religiösen) türkischen Einheitsstaats verankerte Sonderrolle der Armee und der Religionsbehörde EU-widrig und die Türkei keine Demokratie im westlichen Sinne ist.

- dass das öffentliche Leben der Türkei vom Islam bestimmt wird. Mit seinen ideologischen Zügen ist der Islam der absolute Gegensatz zum westlichen säkularen Individualismus. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei bedeutet einen Beitritt ohne Erfüllung der für alle übrigen EU- Mitglieder geltenden Voraussetzungen. Das wäre schlichtweg die endgültige Aufgabe eines WIR-Gefühls und das Ende des europäischen Integrationswerkes.

- dass der Beitritt der Türkei für die EU eine enorme finanzielle Last mit sich bringt und mit Hilfe dieser Finanzierung alle türkischen EU-Widrigkeiten einschließlich der militärischen Ambitionen unterstützt werden.

- dass die EU mangels einer eigenen gemeinsamen Außenpolitik den türkischen Interessen folgend hilflos in deren Nachbarschaftskonflikte hineingeriete.

Vergleichbar dem UN-Sicherheitsrat hat die EU durch diesen Mangel an Gemeinsamkeit in der Außenpolitik nur eingeschränkte Möglichkeiten der Gestaltung und muss letztlich zur Kenntnis nehmen, dass trotz vieler Kritik an den USA nur diese der einzige „Player“ der westlichen Welt sind. Europäische Nabelschau ist keine Weltpolitik!

Obzwar die Defizite der EU von Gipfel zu Gipfel immer sichtbarer werden, negative Meinungsbefragungen und mahnende Stimmen bedeutender Persönlichkeiten nicht fehlen, „eventisieren“ alle EU- Organe in unzähligen Veranstaltungen und Broschüren die Errungenschaften dieses Integrationswerks. Zur Zeit der letzten österreichischen Präsidentschaft gab es den Slogan „Die EU soll Spaß machen“!

Allerdings bleiben die Botschaften all dieser „Events“ wegen der verwendeten Worthülsen und Valiumwörter unglaubwürdig. Was den Islam oder die Türkei betrifft, gibt es z. B. folgendes Vokabular der Irreführung.

- Abrahamitische Religionen: Urvater Abraham verbindet alle

monotheistischen Religionen. Wieso werden die sichtbaren Unterschiede in der gelebten Religionspraxis nicht angesprochen? Ein „gemeinsamer Urvater“ hilft uns für unser heutiges Zusammenleben nicht.

- Der Islam ist eine friedliebende Religion, es ist zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden, ein Generalverdacht ist unberechtigt, es gibt keinen einheitlichen Islam, das Kopftuch ist ein gewöhnliches Kleidungsstück, es bestehen Vorurteile gegenüber dem Islam und sogar Islamophobie.

- Die Türkei ist eine funktionierende Demokratie, Die Türkei ist ein säkularer Staat, Erdogan und seine Partei sind „gemäßigt islamistisch“, was schon sprachlich ein Widerspruch in sich selbst ist.

- Ergebnisoffene Verhandlungen, Volksabstimmung post festum.

Der kritische Bürger stellt hingegen bei näherem Hinsehen Gegenteiliges fest:

- Der Islam ist keine Religion der Privatsphäre. Er bildet vielmehr eine Einheit mit dem Staat. Das Kollektiv steht im Vordergrund, Individualismus gilt als Egoismus. Für den Moslem gilt nur das im siebenten Jahrhundert geoffenbarte und von Mohammed verkündete göttliche Gesetz. Ein durch demokratische Willensbildung geschaffenes Gesetz darf ein Muslim nicht anerkennen, wenn es islamischen Vorstellungen widerspricht. Dadurch schließt der Islam Toleranz und Kompromisse aus.

- Der Islam ist der direkte Gegensatz zum westlichen Lebensmodell und wirft die Frage auf, inwieweit auf ihn der Grundsatz der Religionsfreiheit anwendbar ist. Er stellt sich letztlich als eine (totalitäre) Heilsideologie für die gesamte Menschheit dar. Daraus folgt der Gruppendruck mit dem Auftrag sich abzugrenzen bzw. erkennbar zu machen (Symbol Kopftuch).

- Arabisch ist die Sprache Gottes, in anderen Sprachen kann der Koran weder verkündet noch verstanden werden.

- Die islamische Welt leidet unter der Vorstellung, die frühere zivilisatorische Überlegenheit an den Westen verloren zu haben und fühlt sich ausgegrenzt. Muslime sprechen von der Kränkung des Islam durch den Westen.
- Hinterfragen des Islam oder gar Kritik werden als Islamophobie bewertet. Dialog aus der Sicht der Muslime heißt Verkündigung des Korans mit anschließendem Übertritt zum Islam (=Missionierungszwang). Die Losung „Integration durch Partizipation“ bezweckt die Festschreibung von Rechten und keineswegs die Eingliederung in das westliche Lebensmodell. Das sichtbare Ergebnis ist die Parallelgesellschaft.
- So lange die Muslime die Minderheit bilden, stellen sie die Missionierungsabsicht in Abrede. Dieses Täuschen und Tarnen wird Taquia genannt. In einem islamischen Umfeld können Nicht-Muslime weder mit Verständnis für ihre Lebensweise, noch mit der bei uns gelebten Toleranz rechnen. Vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs wird der Gedanke der Gleichbehandlung (Reziprozität) als unzumutbar zurückgewiesen.
- Islamische Religionslehrer an österreichischen Schulen verkünden, „dass Männer und Frauen nicht zusammensitzen und –arbeiten dürfen, es gegen den Islam ist, wenn Schulmädchen gemeinsam mit Buben auf Exkursionen oder in Schwimmbäder gehen, dass sich die Selbstmordattentäter im Irak und in Palästina für Gott aufopfern und es eine Sünde ist, Militärdienst in Ländern zu leisten, die nicht vom Islam regiert werden.“

Im Alltag bringt die islamische Sichtweise klare Abgrenzungen zur westlichen Lebensweise beim Essen, Trinken, im Umgang der Geschlechter und sogar in der Wirtschaft bei den Helal-Bestimmungen und im Islamic Banking. Waren für muslimische Kunden bedürfen quasi einer Unbedenklichkeitsbestätigung. Banken dürfen keine Zinsen verrechnen und keine Geschäfte in islamwidrigen Bereichen tätigen.

Entweder in vorauseilendem Gehorsam oder auf Verlangen der Muslime geht die Mehrheitsgesellschaft auf folgende Besonderheiten ein:

- Keine Speisen mit Schwein und Alkoholverbot.
- Geschlechtertrennung in Schule und Öffentlichkeit. Erkenntnisse der Psychoanalyse wie beispielsweise solche von Sigmund Freud werden nicht in Betracht gezogen.
- Frauen dürfen nur in Begleitung ihrer Männer in der Öffentlichkeit bzw. nur mit Kopftuch auftreten.
- Entfernung der Kreuze aus Schulklassen und Hotelzimmern.
- Verweigerung des Fahnengrußes beim Bundesheer und weitreichende Sonderbehandlung muslimischer Rekruten.
- Rücksichtnahme auf Auswirkungen des Fastenmonats.
- Rücksichtnahme auf das islamische Zinsverbot (Islamic Banking) und anderen Verbote.

Im Dialog mit den Muslimen wird Christentum mit dem Westen gleichgesetzt, die individualistische säkulare Gesellschaft wird ausgeblendet. Jeder, der sich nicht an eine Religion gebunden fühlt (Synkretisten, Agnostiker, Atheisten), stellt sich die berechnete Frage „wer vertritt mich in all den interreligiösen Dialogen und wieso ist mein Lebenskonzept und die Trennung von Religion und Staat weniger wert als religiöser Glaube, insbesondere als der Islam“?

Dies gilt z.B. für den Bundespräsidenten. Er bezeichnet sich als Agnostiker. Auch jene Menschen kommen nie zur Wort, die in ihrem Alltag in direktem Kontakt mit Muslimen sind und die Schwierigkeiten der Integration erleben müssen, wie bei der Polizei und Rettung, in Krankenhäusern und Schulen.

Im Alltag wird muslimischen Vorstellungen vielerorts voll entsprochen. Das reicht von muslimischer Arbeitskleidung im

Magistrat Wien bis zur vollen Tabuisierung der muslimischen Wertevorstellungen. Weder der ORF, das Theater, noch die Kirchen stellen kritische Fragen und begnügen sich mit „verspielten“ Begegnungen wie Wandern oder Fußballspielen. Der Gedankenaustausch ist ohne Tiefgang und entspricht dem Austausch von Kochrezepten.

Es sieht auch so aus, dass sich die „Integrationsplattform“ der Bundesregierung entgegen der Ankündigung „Fordern und Fördern“ mit dem Fördern begnügt und damit die Parallelgesellschaft noch fester verankert. Lediglich die Forderung nach dem Erwerb von Deutschkenntnissen vor der Zuwanderung ist ein ernst zu nehmender Teil der neuen Maßnahmen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft sieht selbst darin eine überzogene Forderung.

Islamophobie wird thematisiert, nicht aber Christenphobie! Die OIC (Organisation of Islamic Conference) ist bemüht, innerhalb der UN die Scharia als den Menschenrechten übergeordnet einzustufen und hat vom Präsidenten des UN-Menschenrechtsrats bereits das Versprechen erreicht, Kritik an religiösen Gesetzen und Praktiken wie z.B. die Genitalverstümmelung zu unterbinden.

Als völlige Selbstaufgabe und Unterwerfung unter den Islam sind die Vorstellungen des anglikanischen Bischofs von Canterbury und des Obersten Richters von England und Wales aufzufassen, das Schariatsrecht in die britische Rechtssprechung einzubauen.

Das Ergebnis dieses Verhaltens ist daher die nicht integrierte bzw. nicht integrationswillige muslimische Parallelgesellschaft. Bedenken wir, dass eine Gesellschaft „positiv“ rassistisch handelt, wenn sie ihre Werte von den Zuwanderern nicht einfordert. Sie schaut weg, statt zu helfen!

Was bedeutet das Gesagte für das Zusammenleben mit den Muslimen?

Kann westliche Lebensweise (säkularer Individualismus mit freiwilliger Religionsausübung und individueller Identität) gegen islamisch und orientalistisch-patriarchalisch geprägte Lebensweisen (Gruppenidentität und Nationalismus) überhaupt bestehen?

Die Grundsätze dieser westlichen Lebensweise werden vom Islam ernsthaft in Frage gestellt, obwohl diese das Ergebnis eines langen mitunter leidvollen und hart erkämpften Meinungsbildungsprozess sind und von der westlichen Gesellschaft als Errungenschaft angesehen werden:

- Trennung von Religion und Staat
- Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit bis hin zu den Extremformulierungen

- o Religion und Sexualität sind Privatsache
- o Kunst darf alles

• Geschlechtergleichbehandlung: Mit dem Islamgesetz 1912 wurde der Islam in Österreich als Religion anerkannt. Die Voraussetzung dieser Anerkennung, die „Kompatibilität des Islam mit den Staatsgesetzen“, wurde jedoch ungeachtet aller Warnungen nie überprüft. Selbst verfolgte orientalistische Christen und säkulare Zuwanderer noch dem Westen feindlich gesinnte islamische schriftliche Äußerungen (Fetwas) konnten dieses Wegschauen beenden. Demnach stehen weiterhin folgende Fakten im Raume:

• Der Islam anerkennt unsere Gesetze nur, wenn sie vom islamischen Recht gedeckt sind. Dieser Ansatz schließt Toleranz bzw. Kompromisse aus und bringt Religion in die Politik zurück. Im politischen Alltag werden daher islamische Wertvorstellungen nicht im Wege eines parlamentarischen Diskussionsprozesses behandelt, sondern „von außen“ eingefordert. Mit dem Argument der Unantastbarkeit religiöser Vorstellungen verlangen die Muslime Zugeständnisse. Ablehnung, Kritik und In-Frage-stellen solcher Forderungen werden als

Islamophobie, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz bezeichnet. Dadurch entstehen zweierlei Recht und eine unumkehrbare Spaltung der Gesellschaft. Das ist das Ende des demokratischen Meinungsbildungsprozesses!

- Der Islam sieht Nicht-Muslime als Ungläubige, also als Menschen zweiter Klasse, und kennt auch keine Geschlechtergleichbehandlung.
- Der Islam versteht unter Frieden den Zustand der Welt nach ihrer vollständigen Islamisierung und damit Beseitigung der Westlichen Welt. Ein friedliches Zusammenleben mit unserer Gesellschaft ist nur eine Zwischenphase auf dem Wege dorthin.

Der Islam als Weltanschauung und Wertesystem ist in die europäische Gesellschaft nicht integrierbar, wohl aber der einzelne Muslim. Er kann in der westlichen Gesellschaft seinen Glauben bewahren. Die europäische Toleranz begreift die Angehörigen aller Religionen sowie Andersdenkende als gleichberechtigt, verweist den Glauben in die private Sphäre, der öffentliche Raum ist säkular.

Entscheiden wird sich unsere Zukunft nicht nur an den Errungenschaften der Vergangenheit, sondern an einem bewussten Eintreten der europäischen Gesellschaft für ihre Werte. Dazu zählen besonders die Werte der Familie und der Solidarität in der Wirtschaft. Vereinsamung des Einzelnen und Zunahme der prekären Wirtschaftsverhältnisse könnten einem Slogan wie „Der Islam ist die Lösung“ Aufschwung geben. Individualität alleine bringt einen raschen Zerfall jeglicher Gesellschaft.

2. Die Verfasstheit der Türkei

Die Türkei ist eine Regionalmacht mit einer gezielten Außen- und Interventionspolitik, wodurch sie der gespaltenen EU-Außenpolitik mit großer Durchsetzungskraft entgegen tritt. Sie verfolgt ausschließlich eigene Interessen, EU-Interessen werden nicht berücksichtigt oder laufen diesen sogar zuwider. Ganz im Sinne dieses außenpolitischen Opportunismus ist die

Stoßrichtung ihrer Außenpolitik nicht nur die EU bzw. Europa, sondern auch der islamische und zentralasiatische Raum.

Zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele fehlt es auch nicht an militärischen Interventionen. Auf Zypern sind seit 1974 etwa 30000 türkische Soldaten stationiert, obwohl der Interventionsgrund (Sturz des griechischen Militärregimes) seit Jahren weggefallen ist. Militärische Interventionen im Nordirak gehören auch zu dieser Interventionspolitik. Nicht militärisch, aber mit erheblichem politisch-wirtschaftlichem Druck interveniert die Türkei überall, wo sie ihre Interessen durchsetzen will. Dazu gehören diplomatische Aktionen in den USA und in der EU wegen des Armeniergenozids und wegen der kurdischen Separatistenbewegung PKK.

Ein besonderer Gegensatz zu EU-Interessen ist das Wirken der Türkei im Rahmen der OIC, wo sie den Generalsekretär stellt und wichtige Wortführerin in der Auseinandersetzung des Islam mit dem Westen ist. Dies war z.B. beim Karikaturenstreit der Fall und betrifft zurzeit Bemühungen der OIC, die UN-Menschenrechtsdeklaration 1948 dem Schariatsrecht unterzuordnen. Kritik an der islamischen Auffassung zu den Menschenrechten soll damit generell unterbunden werden.

Die Türkei hat eine EU-widrige Verfassung: das politische Leben und die Religionsausübung stehen unter Einfluss des Militärs. Religionsausübung und Religionszugehörigkeit sind nicht Privatsache wie in der westlichen Welt.

Die Religionsbehörde, Diyanet, regelt das religiöse Leben für den sunnitischen Islam, dem Mehrheitsbekenntnis, andere Bekenntnisse werden benachteiligt. Das einstmals blühende Christentum ist zur zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Selbst 20 Millionen islamische Aleviten werden von der sunnitischen Mehrheit in ihrer Religionsausübung behindert.

Diyanet ernennt die Geistlichen (Imame) und entsendet diese

auch in Länder mit türkischer bzw. türkischstämmiger Bevölkerung, z.B. nach Deutschland und Österreich. In beiden Ländern unterhält Diyanet Zweigstellen, um die religiösen und nationalen Bindungen zur Türkei, nicht aber die Integration zu fördern. In Österreich heißt diese ATIB. Der türkische Laizismus ist von oben verordnet, nicht von unten gewachsen wie der westliche. Der Vergleich mit Frankreich ist irreführend.

Der Gründer der türkischen Republik, Kemal Atatürk, hat vor ca. 80 Jahren die Trennung von Religion und Staat eingeführt, das Militär ist der Garant dieses Laizismus und überwacht das religiöse Leben bis hin zu Parteiverboten.

Trotz aller Kontrolle ist der Kemalismus in seinem Bemühen, den Laizismus in der Bevölkerung zu verankern, gescheitert. Bis heute gibt es zwei antagonistische Bevölkerungsgruppen: die religiös bestimmte Landbevölkerung einschließlich der Zuwanderer in den Städten und die relativ kleiner werdende Gruppe westlich orientierter Städter. Praktisch befindet sich die Türkei in einem Kulturkampf. Das Kopftuchtragen ist und bleibt eine Frage höchster ideologischer Brisanz.

Mit Sorge ist das Scheitern des türkischen Verfassungsgerichts zu sehen: für ein Betätigungsverbot für die Regierungspartei, den Regierungschef, den Staatspräsidenten und für viele andere Politiker wegen Missachtung des Laizismus fand keine ausreichende Mehrheit unter den Verfassungsrichtern. In Verdrehung der Tatsachen, machte sich die EU für die islamische Seite stark und beklatscht diesen Ausgang des Verfahrens.

Ein Mittel für diesen Kulturkampf ist auch der Zufluss von Kapital aus muslimischen Quellen. Wer den Islam praktiziert, kann mit wirtschaftlich-finanzieller Unterstützung rechnen. Dies gilt nicht nur für die Bereiche Wohnung, Arbeit, Schule und Essen, sondern auch für Unternehmer in der Finanzierung und Auftragsvergabe.

Die „gemäßigt islamistische“ Regierung führt die Türkei Schritt für Schritt in einen islamischen Gottesstaat und vollführt in der Verwaltung die nötige ideologische Umorientierung.

Die Türkische Verfassung sieht nicht nur die Sonderrollen von Militär und Religionsbehörde vor, sondern auch den religiös-ethnischen Einheitsstaat. Demnach kennt die Türkei in ihrer Verfassung auch keine ethnischen Minderheiten, wie beispielsweise 12 Millionen Kurden.

Im Sinne des Einheitsstaates wird in der Türkei ein auffallender Nationalismus gelebt und durch strafgesetzliche Bestimmungen geschützt (keine Beleidigung der Türkei, keine Kritik an der offiziellen Haltung zur Armenier- bzw. Zypernfrage). Die allgegenwärtigen Atatürk-Bilder und -statuen bezeugen gemeinsam mit dem landesweit geradezu überall sichtbaren Leitspruch „Jeder glücklich, der ein Türke ist“ diesen Nationalismus. Neben dem Islam bietet dieser Nationalismus eine Erklärung für die mangelnde Integrationsbereitschaft und -fähigkeit der Türken in Europa.

Eine erschreckende Demonstration dieser religiös-nationalistischen Grundhaltung ist die Ermordung von 3 Mitarbeitern einer Bibel-Druckerei in Malatya im Jahre 2007. Die Täter rechtfertigten sich mit ihrem Kampf gegen Feinde des Glaubens und der türkischen Nation. Öl ins Feuer goss dann der türkischstämmige SPD EU-Abgeordnete Vural Öger, indem er die Verantwortung für diese Tat bei der EU wegen ihres Drängens auf Reformen in der türkischen Gesetzgebung ortete.

Eine Anpassung der türkischen Verfassung an die EU würde die Aufgabe dieser beiden Säulen mit sich bringen und somit das Ende der Türkei Atatürks. Ergänzend dazu ist mit aller Klarheit zu sehen, dass bei gleichem Fortgang der „Verhandlungen“ die EU entweder eine quasi Militärdiktatur oder einen Gottesstaat in ihre Reihen aufnehmen wird. In jedem Fall wird sie ein Spielball der türkischen Politik sein.

Unbeirrt von all diesen Unvereinbarkeiten tritt die Türkei mit geradezu unfassbaren Erklärungen und Forderungen auf und spricht von einem Beitrittsdatum 2013-15

- Wir haben erfüllt und haben das Recht auf Vollmitgliedschaft.
- Die EU hat kein Recht, die Türkei abzulehnen. Sie wirft der EU in gröbster Unterstellung vor, ein Christenclub zu sein, setzt sich aber darüber hinweg, maßgeblich in der OIC, einer Vereinigung von ausschließlich muslimischen Ländern, tätig zu sein. Ein christliches Gegenüber zur OIC gibt es gar nicht.
- Selbst im Europarat ist seinerzeit die Europafahne mit Kreuz nach dem Vorbild der Paneuropäischen Bewegung am Widerstand der Türkei gescheitert.
- Die Türkei wirft der EU Benachteiligung vor und beklagt sich über die Ermahnungen. In Wahrheit erhält sie eine einzigartige Sonderbehandlung, wie sie bisher kein einziges Mitgliedsland erhalten hatte. Auch Kroatien wird härter angefasst. Die Türkei ist uneinsichtig und ignoriert wie eine Invasionsarmee die Befindlichkeiten der EU-Bevölkerung.

Die Türkei bahnt sich den Weg in die EU, sie erzwingt Zugeständnisse und zeigt keinerlei Bereitschaft, die Beitrittsbedingungen zu erfüllen. Sie folgt ihrer bewährten Verhandlungstaktik: schmeicheln – beleidigt sein – drohen. Sie will ein türkisches Europa, so wie dies vom türkischen Ministerpräsidenten vom kurzem bei seinem Auftritt in Köln klar zum Ausdruck kam.

Als Folge dieser unfairen und beharrlichen Verhandlungstaktik ist die Türkei in EU-Gremien, Gedankenschmieden etc. gut vertreten und gestaltet so ihre „eigenen Beitrittsbedingungen“. In der UN-Initiative Allianz der Zivilisationen gibt sie gemeinsam mit Spanien den Ton an. Dieser türkischen Entschlossenheit, gestützt von den hegemonialen Interessen der USA, steht eine handlungsschwache

EU weitgehend hilflos gegenüber. Hieraus erklären sich, dass

- Die Stimmen aller Mahner – so hochrangig und kompetent sie sein mögen – ungehört verhallen.

- Die EU-Organe nicht zur Kenntnis nehmen, dass für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung in einer Vollmitgliedschaft der Türkei kein einziger Vorteil, ja sogar ein erheblicher Nachteil besteht.

- Die EU-Organe die Bevölkerung als ihren größten Feind sehen (siehe das unerwünschte Ergebnis der Abstimmung über den Reformvertrag in Irland).

- Alle Pro Argumente Tatsachenverdrehungen sind.

- o Die Türkei verwirklicht die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie und ist eine Brücke zur islamischen Welt: aufgrund ihrer Verfassung ist sie keine Demokratie im westlichen Sinne und ist Schauplatz täglicher Konflikte zwischen Islam und Säkularität. Die islamische Welt sieht die Türkei als Hebel und Teil ihres Islamisierungsprogramms und sogar als Gegner, wofür der Militärpakt mit Israel ein Beispiel ist.

- o Die geopolitische Lage der Türkei und ihre militärische Schlagkraft würden die Rolle der EU in der Welt verstärken: mangels einer eigenen gestaltenden Interventionspolitik der EU würde die Türkei eher in umgekehrter Weise die EU für ihre Ziele instrumentalisieren. Jedenfalls würde die EU in die Nachbarschaftskonflikte der Türkei voll hineingeraten und gemeinsam mit ihr destabilisiert werden.

- o Die EU hat den Beitritt versprochen und die Türkei wartet schon 40 Jahre: es gibt kein demokratisch legitimierte Versprechen. Die Türkei hat sich in dieser Zeit von Europa wegentwickelt, ja in den 70er Jahren sogar ausdrücklich von der EU bzw. Europa abgewandt.

- o Ohne Beitritt brechen die Reformen in der Türkei zusammen:

für das Europaratsgründungsmitglied Türkei sind die Reformen eine seit Jahrzehnten fällige Bringschuld und müssten wohl türkisches Eigeninteresse darstellen. Es besteht keineswegs eine Belohnungspflicht der EU.

o Das wirtschaftliche Potential: wirtschaftliche Erfolge und Möglichkeiten begründen keinen Beitritt, auch wenn diese gewichtigen Partikularinteressen entsprechen. Darüber hinaus bringt ein Vollbeitritt aufgrund der bestehenden Zollunion etc. gegenüber dem Jetztstand keinen Zusatznutzen. Jedenfalls ist die Türkei ein Schwellenland mit den dafür spezifischen Charakteristika wie hoher Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft (etwa 30 %), hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, Finanzierung als Voraussetzung für Marktchancen (einer der größten Schuldner des IMF), erhebliches Risiko und Korruption, geringes Prokopfeinkommen, Kinderarbeit, ungenügender Patentschutz und unsichere Rechtsdurchsetzung.

Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.

3. Hegemoniale Ansprüche innerhalb der Staatengemeinschaft

- Wer bestimmt den Lauf der Dinge? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und im Bewusstsein obiger Ausführungen sei folgendes Bild erlaubt: wer sich von der europäischen Nabelschau trennt und die Welt von außen betrachtet, erkennt, dass neben einigen in der Weltpolitik aktiven Ländern, der Islam und die internationalen Kapitalflüsse im Verein mit der Energie- und Rohstoffversorgung das Steuer in der Hand haben.

In unserer westlichen Hemisphäre sind es die USA, die maßgeblich in den Lauf der Dinge eingreifen. US Außenpolitik heißt Energie. Die islamische Welt verfolgt mit steigendem Einsatz und Erfolg die Islamisierung der restlichen Welt, wozu sie auch die Waffe Erdöl und das daraus entstandene Kapital einsetzt.

Ein internationales Netz von Kapitalflüssen, welches außerhalb

der Kontrolle der nationalen Regierung, aber auch der internationalen Organisationen ist, spannt sich über die gesamte Welt und trifft die ihm genehmen Entscheidungen. Der Finanzstandort muss attraktiv bleiben und bestimmt alle anderen Politiken.

China macht sich z.B. in Afrika bei der Sicherung der Rohstoffversorgung bemerkbar. Russland hat im Georgien-Konflikt seine Rolle als „global player“ klar gemacht.

Es stellt sich die Frage, was der Einzelne in dieser Situation tun kann und muss. Diese Frage hat für all jene ein besonderes Gewicht, die sich den europäischen Werten verpflichtet fühlen, so wie die Paneuropabewegung.

Die Last unserer Geschichte zwingt uns nicht nur, über Vergangenes nachzudenken und uns zu einem „Nie Wieder“ zu bekennen, sondern vor allem zu einer Wachsamkeit gegenüber dem Zeitgeist, dem „Mainstream“. Im Kunstbetrieb, in vielen Medien, in den Kirchen, in der Wissenschaft und in vielen politischen Parteien ist das Wegschauen beim Thema Islam und Türkei angesagt. Es herrscht bereits eine eingeschränkte Meinungsfreiheit und Angst, die Wahrheit auszusprechen.

Heruntermachen der Bürgerlichen Gesellschaft und des Christentums, insbesondere der Katholischen Kirche, der Angriff auf die Familie, die Förderung von „Gender mainstreaming“, der Gleichstellung homosexueller Beziehungen können keine Ersatzhandlung sein! Hier sind sicherlich der Individualität Grenzen zu setzen.

Wie in der Vergangenheit so ist auch gerade heute das Hinsehen und das Aussprechen der Wahrheit in der Öffentlichkeit von Nöten. Besonders deswegen, weil die Vergangenheit bis heute unser Leben belastet. Nur wer die Wahrheit erfahren will, wird sie erfahren! Nachfolgende Ausreden werden keine Gültigkeit haben.

Vielleicht gelingt es diesmal bei entsprechender Ausdauer und

entsprechendem Mut, ein Gegengewicht zum Zeitgeist zu erzeugen und klarzustellen, dass 3×3 nur 9 und nichts anderes ist.

Wortmeldungen, Leserbriefe, Kommentare in Zeitungen, Vorträge und dergleichen können in ihrer Vielzahl Änderungen bewirken. Vielleicht werden obige Ausführungen dabei helfen. Wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

» Weitere Infos auch beim [Netzwerk Karl Martell](#)

Heisig: Die Wahrheit über Berlins Ghettos

☒ Die 47-jährige Berliner Jugendrichterin [Kirsten Heisig](#) (Foto) – zuständig für das extreme Neuköllner Rollbergviertel – [redet Klartext](#) über das Problem Jugendkriminalität: Brutale Prügeleien auf dem Schulhof, auf offener Straße zusammengeschlagene und ausgeraubte Passanten gehören zum Alltag. Es muss endlich etwas geschehen, denn „es gibt eine neue Dimension der Jugendgewalt, die wir bisher nicht kannten.“

Heisig weiß, dass die von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verursachte Gewalt keine bloße Erfindung der politisch Inkorrekten ist:

*Heisig wird vor Gericht oft sehr deutlich, findet klare Worte für die Angeklagten. Denn mit „Streicheleinheiten“ komme man nicht weit. Oft seien deutliche Strafen wie Jugendarrest oder Gefängnis der einzige Weg, den die Angeklagten auch verstehen. Verantwortlich dafür macht sie das Umfeld der Jugendlichen: **„70 Prozent der Angeklagten haben einen Migrationshintergrund und kommen aus Familienstrukturen, die***

uns völlig fremd sind. Da gibt es arabische Großfamilien mit 15 Kindern, von denen der Vater nicht weiß, wie sie heißen.“ 50 Prozent der Väter gehen keiner geregelten Arbeit nach, bei den Müttern sind es 75 Prozent. „Die Kinder wachsen unkontrolliert auf und sind sich völlig selbst überlassen. Der Vater kümmert sich nicht, die Mutter ist auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse und der Vielzahl der Kinder völlig überfordert.“ Sie lebt meist im Haus, ist in das soziale Leben überhaupt nicht integriert.

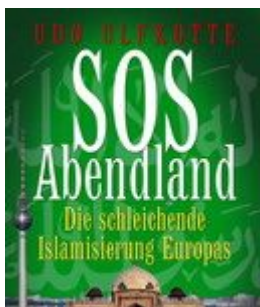
Auch die Töchter werden im Haus gehalten und streng erzogen, erzählt die Richterin. Dagegen können die Jungs machen was sie wollen, hängen den ganzen Tag draußen herum. Sinnvolle Freizeitbeschäftigungen gibt es kaum. Und so gehen die Jungs „abziehen“. Sie überfallen andere Jugendliche, rauben sie aus. Die Opfer sind meist Deutsche. Auf das Opfer wird eingepöbeln, es wird zu Boden gezerrt, mit Fußtritten drangsaliert. „Das ist mittlerweile normal, daran haben wir uns gewöhnt“, sagt die Richterin. Zusätzlich werden die Opfer wüst mit Ausdrücken wie „**Scheiß-Christ**“, oder „**Hängebauchschwein**“ beschimpft.

Heisig fordert jetzt eine schnellere Zusammenarbeit der einzelnen Behörden: „Akten umherschicken ist Zeitverlust.“ Deutliche Worte auch an die Politiker. „Eine Jugendeinrichtung nach der anderen wird geschlossen und dann wundert man sich, dass die Jugendlichen Straftaten begehen und im Knast landen. Es muss mehr Geld in die Jugendarbeit fließen.“ Ebenso müsse der Schulbesuch durchgesetzt werden. „Wenn Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken, muss man durchgreifen.“ 2500 Euro Bußgeld, oder sechs Wochen Erziehungshaft seien angemessen.

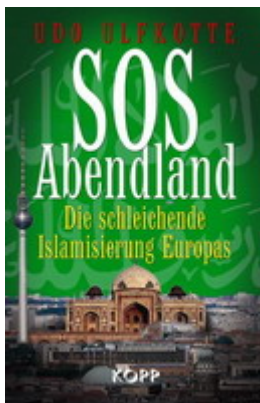
Hoffentlich kann die vermutlich politisch inkorrekteste Richterin Deutschlands mit einem Herz für die Opfer nicht nur für die Täter ihr Amt noch lange ausüben. Diskriminierungen, Intoleranz und Rassismus sind zwar verpönt, allerdings ist es

genauso anrühlich, gegen diese Vergehen anzugehen, wenn die Täter einem nicht-westlich-christlichen Kulturkreis entstammen. Was sonst als Kampf gegen Diskriminierung, Intoleranz und Rassismus gilt, wird dann auf einmal als Hass-Schüren gegen fremde Kulturen gesehen. Blindheit oder Kollaboration?

(Spürnasen: Moderater Taliban, Sales, Humphrey, Sebastian P., Thomas D., Patrick H., Ketwurst, D Mark, Mark K. und GottesRechterArm)



Multikulturelles Quiz – fünf Bücher zu gewinnen



Wir Deutsche lieben Quiz-Sendungen im Fernsehen. Wenn es an den Bildschirmen um Millionen geht, schauen viele zu. Doch wenn es in der Realität um weitaus mehr geht – um Freiheit, Demokratie und um unsere auf Aufklärung und christlich-jüdischen Wurzeln beruhende Kultur –, schauen

Millionen weg. PI-Leser können nun an einem Schnell-Test teilnehmen, bei dem es fünf Bücher [„SOS Abendland – Die schleichende Islamisierung Europas“](#) zu gewinnen gibt.

Bei diesem Quiz können PI-Leser ihr Wissen über die Aufgabe unserer Werte und die Islamisierung unseres europäischen Kulturkreises testen. Sie dürfen bei der Beantwortung der Fragen Joker einsetzen und gern Verwandte oder Freunde anrufen. Diskutieren Sie mit ihnen über die Antworten, denn die Ereignisse hätten es allesamt verdient, in der Öffentlichkeit – außer auf PI – bekannter zu werden. Können Sie nachfolgende Fragen beantworten?

FRAGE 1: In welchem Land wird das öffentliche Zeigen einer offiziellen Landesflagge inzwischen als Diskriminierung moslemischer Zuwanderer gesehen und kann von der Polizei mit einem Bußgeld belegt werden?

a. Schweden b. Schweiz c. Dänemark d. England

FRAGE 2: In welchem Land zahlt eine christliche Kirche seit dem Sommer 2008 Schutzgeld an Moslems, die als »Bodyguards« arbeiten, damit Kirchgänger nicht länger von Jugendlichen anderer Kulturkreise angegriffen werden?

a. Schweiz b. Dänemark c. Deutschland d. Polen

FRAGE 3: In wie vielen Jahren wird nach Angaben der jüngsten belgischen Universitätsstudie die europäische Hauptstadt Brüssel islamisch sein?

a. 15 bis 20 b. 20 bis 25 c. 25 bis 30 d. 30 bis 35

FRAGE 4: Wann etwa wird Schweden voraussichtlich eine muslimische Bevölkerungsmehrheit haben?

a. 2030 b. 2035 c. 2040 d. 2045

FRAGE 5: In welchen Städten gibt es zwar ein Rauchverbot in Restaurants, von dem allerdings Besucher islamischer

Restaurants ausgenommen sind, die Wasserpfeife rauchen?

a. Vancouver b. Paris c. Rom d. Berlin

FRAGE 6: In welchem Land wird die wachsende Zahl von Vergewaltigungen durch Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis mit dem »Klimawandel« begründet?

a. Schweden b. Norwegen c. Dänemark d. Island

FRAGE 7: In welchem europäischen Land werden Muslime in arabischer Sprache darüber aufgeklärt, dass die Einheimischen nicht Menschen zweiter Klasse sind, sondern auch Menschenrechte haben? In dem betreffenden Land gibt es zudem mit öffentlichen Mitteln finanzierte Umzüge für Einheimische, die vor den Übergriffen unserer Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis den Wohnort wechseln wollen.

a. Belgien b. Dänemark c. Italien d. Frankreich

FRAGE 8: In welchem Land haben 25 Prozent der Muslime in einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie Gewalt gegen andersgläubige Mitbürger in ihrer neuen Heimat als »legitim« erachtet?

a. Deutschland b. Spanien c. Schweiz d. Belgien

FRAGE 9: In welchem europäischen Land bekommen nur Muslime, die in der nach den Gesetzen des Landes illegalen Vielehe leben, staatliche Sonderzuwendungen für Zweit- und Drittfrauen?

a. Schweden b. Polen c. Deutschland d. Großbritannien

FRAGE 10: In welchem Land wurden Gefängnis-Toiletten umgebaut, weil Muslime auf Toiletten weder mit Gesicht noch mit Rücken gen Mekka gewandt sitzen dürfen?

a. Luxemburg b. Frankreich c. Deutschland d. Großbritannien

FRAGE 11: In welcher Stadt wurde 2008 der erste Wohnblock für

ältere Mitbürger eröffnet, in dem alle Toiletten und auch die Betten Islam-konform ausgerichtet sind?

a. Baden-Baden b. Brügge c. Bristol d. Barcelona

FRAGE 12: In welchem europäischen Land durfte die Polizei nicht eingreifen, als junge muslimische Demonstranten öffentlich die Vergasung von Juden gefordert haben?

a. Deutschland b. Belgien c. Niederlande d. Italien

FRAGE 13: In welchen Ländern sind 70 Prozent der inhaftierten Straftäter Muslime?

a. Spanien b. Dänemark c. Italien d. Frankreich

FRAGE 14: In welchem Land wurden 2008 drei Mitbürger, die auf Polizisten geschossen haben, vom Richter sofort wieder ohne Verfahren auf freien Fuß gesetzt, weil man Angst vor muslimischen »Rassenunruhen« hatte?

a. Niederlande b. Spanien c. Österreich d. Belgien

FRAGE 15: In welchem Land kandidiert eine islamische Partei für die Regierung, deren Kandidaten sich nur in Moscheen präsentieren, nicht die Landessprache sprechen wollen und keine Interviews geben?

a. Niederlande b. Frankreich c. Belgien d. Norwegen

FRAGE 16: In welcher Hauptstadt eines europäischen Landes mussten Schwimmbad-Besucher in mehreren multikulturellen Stadtteilen unter Polizeischutz baden, weil Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis sie sonst ständig angegriffen hätten?

a. Berlin b. London c. Paris d. Kopenhagen

FRAGE 17: In welchem europäischen Land hat im Dezember 2006 zum ersten Mal eine vollverschleierte Muslima in einem bekannten Privatsender eine alternative – islamische – Weihnachtsansprache an die Bevölkerung verlesen dürfen; eine

Frau, die Christen als »Ratten« bezeichnete, die Umwandlung von Gaststätten in Moscheen forderte und öffentliche Musikdarbietungen verbieten lassen möchte?

a. Italien b. Frankreich c. Großbritannien d. Schweden

FRAGE 18: Welches europäische Land hat als Erstes Scharia-konforme Staatsanleihen aufgelegt?

a. Deutschland b. Großbritannien c. Norwegen d. Italien

FRAGE 19: In welchem Land hat eine Gemeinde muslimischen Mitbürgern einen Teil des christlichen Friedhofs zur Verfügung gestellt – worauf die Muslime den Austausch der durch Christen »verunreinigten« Erde auf Kosten der Gemeinde gefordert haben?

a. Lettland b. Irland c. Schweiz d. Deutschland

FRAGE 20: In welchem Land müssen Polizisten seit 2008 Koran-Unterricht nehmen?

a. Dänemark b. Portugal c. Großbritannien d. Italien

FRAGE 21: In welchen europäischen Städten wurde 2007 das Neujahrsfeuerwerk aus Angst vor randalierenden Muslimen verboten?

a. Paris b. Brüssel c. Berlin d. London

FRAGE 22: In welchem Land hat der Erzbischof öffentlich die Einführung von Teilen der Scharia gefordert, um Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen abzubauen?

a. Niederlande b. Großbritannien c. Frankreich d. Spanien

FRAGE 23: In welcher Stadt hat eine Universitätsklinik eine Blutbank nur für Muslime geplant?

a. Utrecht b. Bremen c. Liverpool d. Lyon

FRAGE 24: In welchem Land hat eine bekannte Bankengruppe die

Sparschweine aus dem Verkehr gezogen, weil diese angeblich nicht länger in eine multikulturelle Umgebung passen und junge Muslime beleidigen könnten?

a. Schweiz b. Norwegen c. Niederlande d. Deutschland

FRAGE 25: Welches Land fühlt sich von nicht-integrationsbereiten Migranten kulturell überfremdet und will alle Ausländer nach jeweils längstens sechs Jahren Aufenthalt generell in ihre Heimatländer deportieren?

a. Island b. Schweiz c. Bahrain d. Polen

Alle Fragen betreffen die Jahre 2007 und 2008. Eine Hilfestellung gibt es vom 2. September 2008 an unter www.sos-abendland.de. Dort werden alle 850 Original-Quellenangaben, die im Buch genannt werden, als weiterführende Links veröffentlicht. Zum ersten Mal verschmilzt ein gedrucktes Sachbuch komplett mit dem Internet.

Ralph Giordano, der das Buch exklusiv vorab lesen durfte, sagt zum Inhalt:

„Der Inhalt dieses Buches ist erschreckend! Einer der großen Bundesgenossen bei der Islamisierung Europas ist die Unwissenheit der Bevölkerung. Das Buch SOS Abendland hilft bei der Aufklärung. Die Fakten sind erdrückend. Es ist kaum zu glauben, wie weit die Islamisierung in einzelnen europäischen Ländern bereits fortgeschritten ist. Die meisten Bürger haben keine Ahnung, was da wirklich vor sich geht.“

Die Auslosung erfolgt unter allen richtigen Einsendungen, der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barauszahlung. Die Lösungen bitte bis 11. Oktober 2008 (Einsendeschuß) mit Angabe einer Adresse, an die der Gewinn geschickt werden soll, per E-Mail oder Postkarte an folgende Adresse :

Kopp Verlag & Fachbuchversand
Abt. Quiz SOS Abendland
Pfeiferstr. 52
72108 Rottenburg a. N.

oder per Mail an: info@kopp-verlag.de

BBC-Frauen diskriminieren weiße Männer



Weißer Männer aus der Mittelschicht würden von der weiblich-dominierten BBC wie niemand sonst diskriminiert und hätten im Fernsehen keine Chancen mehr, meint der 58-jährige Moderator von The Newsnight, Jeremy Paxman (Foto). Dieser Angriff erfuhr natürlich sofort eine Gegenoffensive von TV-Moderatorin Mariella Frostrup, die betonte, Frauen müssten sich immer noch durchkämpfen.

Paxman dagegen findet, die Medien seien schon lange keine *man's world* mehr, im Gegenteil. Es gebe doch keine Männerverschwörung, die versuchen würde, die Frauen kleinzuhalten und sobald sie über 50 seien aus dem Geschäft zu drängen, wie Frostrup behauptet. Wer drängt jetzt hier wen raus in der britischen Mobbing-Company?

Hier ein Auszug aus Paxmans inkorrektesten Interviews:

(Spürnase: Rüdiger W.)

Berlin: Schwulen-Fahne statt Deutschland-Flagge



Linke Symbolpolitik ersetzt in unserer Republik zunehmend Verstand und Kompetenz. Jüngstes Beispiel: Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch (Foto), der gegenüber Untergebenen, die von seiner politischen Linie abzuweichen, keine Gnade kennt. Jetzt mussten [29 Beamte Buße tun](#), weil Sie sich in internen Mails darüber beschwert hatten, dass sie während der EM zum Hissen der Regenbogenfahne vor dem Polizeipräsidium antreten mussten.

Man stelle sich kurz das Gegenteil vor: Schwule Polizisten müssten beim Hissen einer imaginären Hetero-Fahne zwangsweise antreten! Der nächste Christopher Street Day hätte sein neues Thema und Claudia Roth würde mit Freund Wowereit aus Protest in den Hungerstreik treten.

Durch jahrelange Sparmaßnahmen ist es um die Personaldichte der Hauptstadtpolizei nicht mehr zum Besten bestellt. Die Polizeigewerkschaft warnt immer wieder, dass die jetzt schon dürftige Sicherheitslage in Berlin nicht mehr auf Dauer gewährleistet sein würde.



Nachfragen, ob die 29 Beamten nicht besser auf den Fanmeilen aufgehoben wären, statt artig der Schwulen- und Lesbenfahne beim Flattern im Wind nach zu schauen – beantwortete Sozi Glietsch erst gar nicht. Vielmehr verfügte er selbstherrlich, dass die Beamten bei der „feierlichen Zeremonie“ die „Hände an die Hosennaht“ zu legen hätten, um hernach beim Akt des Fahnenhissens „ehrfürchtig zu grüßen“.

So weit so schlecht ordnete Glietsch, dem schon seit Amtsantritt nachgesagt wird, dass er seinen Posten nur wegen seiner Nähe zu Wowereit verdankt, auch noch an: Das Tragen oder Zeigen von schwarz-rot-goldenen Abzeichen und Deutschlandfähnchen sei allen Polizisten strikt verboten.

Die political correctness der Linken, dafür steht dieses Beispiel exemplarisch, ist nichts anderes als die Vorstufe eines totalitären politischen Systems.

Hier ein Video zum Thema:

» WELT: [Glietsch bestellt kritische Polizisten ein](#)

(Gastbeitrag von Thorsten U.)



Keine Geschäfte mit den Mullahs



Am Samstag, 30. August 2008, findet in Siegen eine Protest-Kundgebung: „Keine Geschäfte mit den Mullahs! Stoppt den Steiner-Deal mit dem Iran!“ statt. Interessierte treffen sich um 15:00 Uhr auf der Siegplatte an der Fußgängerzone Bahnhofstraße. Abends um 19.00 Uhr findet an der Siegbergstraße 1 (gegenüber dem unteren Eingang von Karstadt) eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Das iranische Regime, die Bedrohung Israels und die deutschen Iran-Geschäfte“ statt.

Die Diskussion wird gestaltet mit Beiträgen von Roger Bückert ([Pro-Israel-Initiative Never again!](#)), Kazem Moussavi ([Green Party of Iran](#)), Stephan Grigat ([Café Critique](#)), Simone Dinah Hartmann ([STOP THE BOMB](#)) und Jonathan Weckerle ([Mideast Freedom Forum Berlin](#)) – Moderation: Alexander Feuerherdt.

Aufruf der Initiatoren zur Protestkundgebung und Diskussionsveranstaltung am 30.8.2008 in Siegen:

Die Siegener Firma Steiner (SPG Steiner-Prematechnik-Gastec GmbH) hat vor einigen Monaten einen 100 Mio. Euro Vertrag über den Bau von drei neuen Anlagen zur Gasverflüssigung im Iran abgeschlossen. Hartmut Schauerte hat sich als Staatssekretär und CDU-Bundestagsabgeordneter aus der Region für die Beschleunigung des Geschäftes eingesetzt. Das Geschäft unterläuft so mit Unterstützung eines Regierungsbeamten alle internationalen Bemühungen, das iranische Regime unter Druck zu setzen und von seinem

Atomprogramm abzubringen.

Dabei müssen wirtschaftliche Interessen gerade im Fall des Iran zurückstehen. Es darf keine Unterstützung geben für ein Regime, das nach Atomwaffen strebt, den Holocaust leugnet und Israel mit der Vernichtung droht! Ein atomar bewaffneter Iran wäre nicht nur für Israel eine unberechenbare Gefahr, die unbedingt verhindert werden muss. Zudem ist der Iran eine brutale Diktatur. Systematisch werden Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten diskriminiert, Gewerkschaften und politische Opposition werden zerschlagen, die Presse zensuriert, Homosexuellen droht die Todesstrafe, Folter und öffentliche Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. Auch außerhalb des Iran finanziert und bewaffnet der Iran islamistische und terroristische Kräfte wie die Hizbollah oder die Hamas.

Während das Regime international durch Sanktionen unter Druck steht, würden die Anlagen der Firma Steiner das iranische Regime ganz direkt stützen, denn der Energiesektor ist seine mit Abstand wichtigste Einnahmequelle und Machtbasis. Deshalb war es auch so wichtig, dass vor kurzem mit TOTAL aus Frankreich und Statoil aus Norwegen zwei Unternehmen aus politischen Gründen von ähnlichen Projekten im Iran zurückgetreten sind.

Dabei ist das Iran-Geschäft von Steiner Beispiel für eine allgemeine Tendenz und Geisteshaltung innerhalb der deutschen Wirtschaft und Politik. Der Handel mit dem Iran weitet sich in diesem Jahr aus anstatt zurückzugehen, Deutschland ist noch immer wichtigster Handelspartner und unersetzbarer Technologielieferant des Iran. Die bestehenden Gesetze und Ausfuhrbestimmungen sind längst nicht ausreichend, um die Unterstützung des Regimes durch deutsche Unternehmen zu unterbinden. Doch gerade dann, wenn noch ernsthaft versucht werden soll, den Iran mit nichtmilitärischen Mitteln von seinem gefährlichen Atomprogramm abzubringen, muss das Regime politisch und wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden.

Keine Geschäfte mit den Mullahs!

Keine Unterstützung für das islamistische und antisemitische Terrorregime!

· Wir fordern die Fa. Steiner auf, sofort von dem Projekt zurückzutreten

· Wir fordern die Bundesregierung auf, gezielte politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das iranische Regime zu erlassen, und solche Sanktionen auf internationaler Ebene zu forcieren

· Wir solidarisieren uns mit den oppositionellen Kräften im Iran und Exil, die gegen die islamische Diktatur und für Menschenrechte, Demokratie, individuelle Freiheit und Säkularismus im Iran kämpfen

» [Kontakt-Mail](#)

» Weitere Infos beim [Mideast Freedom Forum](#)



PI für Politically Incorrect



Da – in Anbetracht der [Ergebnisse der gestrigen Umfrage](#) – ein Interesse unserer Leserschaft besteht, öffentlich PI zu sein, aber lieber ohne Schriftzug, schlagen wir Ihnen vor, sich privat ein [mathematisches „pi“](#) als persönliches Erkennungszeichen anzuschaffen. Sei es als Blech-Button (ab sofort erhältlich [in unserem Shop](#)) oder als Silber-Pin (Foto).

Hier zwei Bestellmöglichkeiten für PI-Pins:

- » [Lapel Pin Planet](#) – Einzelpreis 5 US-Dollar, Mengenrabatt
- » [Pie & Tie](#) – 6 US-Dollar

Ohne Worte

